

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł.
monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei
Postbezug vierteljährlich 16,08 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zł.,
Danzig 8 Zł. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezogener
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Bismarckstr. 694 und 695.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzelle 15 Groschen, die einpaltige
Reklamezelle 100 Groschen. Danzig 10 bzw. 70 P. B. M.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz-
vorschrift und schwerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Polische Adressen: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 63.

Bromberg, Sonnabend den 16. März 1929.

53. Jahrg.

Vor dem St. Josephstag.

Am 19. März ist St. Josephstag. Im ganzen polnischen Lande geht man daran, den Namenstag Joseph Pilsudskis festlich zu begehen. Die Feiern erstrecken sich sogar über drei Tage. Sie setzen bereits am Sonntag ein, und die Verehrer des Marschalls wünschen, daß die Bevölkerung am Sonntag und Dienstag die Häuser besetzen möchte.

Wir haben gegen solche Feiern unserer polnischen Mitbürger selbstverständlich nichts einzuwenden. Wer so oft Grund zur Freude hat, daß er neben dem Namenstag des Staatspräsidenten auch den anderen des Marschalls festlich begehen will, daß ihm der große Verfassungstag vom 3. Mai nicht genügt, so daß die Feiern des 11. November hinzukommen muß, der ist wahrlich glücklich zu preisen. Weit glücklicher, wie wir es sind.

Der Marschall Pilsudski ist auch in unseren Augen eine verehrungswürdige Persönlichkeit. Bei allen Eigenheiten des Temperaments läßt sich niemals seine Größe verkennen. Was er zur Befreiung seines Vaterlandes geleistet hat, gehört der Geschichte an, und was er später in der Führung der Staatsgeschäfte leistete, läßt sich weniger als jede andere Handchrift aus dem polnischen Lebensbuche wegradieren. Vor allem schätzen wir an Joseph Pilsudski, daß er seine eigenen Wege geht, in einer Zeit, in der die meisten Wanderer nach fremden Wegweisern schielen, und daß er bei dieser Wanderung durch Unklarheit und Verwirrung sich stets den Ruhm der Selbstlosigkeit, die reine Weste, bewahrt.

Dem Marschall Pilsudski sind alle Krieger und Heuchler ein Greuel, auch Schwächlinge hält er sich fern. Er würde es also gewiß nicht verstehen, wenn wir Deutschen in Polen an St. Josephstag zu seinen Ehren die Fahne zum First unserer Häuser herausstrecken würden, und dadurch eine Wärme des Gefühls an den Tag legen, die bei uns noch nicht vorhanden sein kann. Joseph Pilsudski hat mit Unterbrechungen ein Jahrzehnt an der Spitze des Staates gestanden, aber bei der Fülle der Fragen, die es neu zu erledigen galt, hat er das Minderheitenproblem noch nicht in den engeren Kreis seiner Gedanken gezogen. Er hat auch keinen Berater gefunden, der die lebenswichtige Regelung der Beziehungen zwischen den Nationen der Republik mit energischer Hand anpackte und einer wenigstens halbwegs tragbaren Lösung entgegenführte.

Wir Deutschen in Westpolen stehen vor der erschütternden Tatsache, daß zwei Drittel unseres Bestandes (rund 750 000 Menschen) und die Hälfte allein unseres ländlichen Besitzes (eine Million Hektar) im letzten Jahrzehnt von uns getrennt sind. Das hat, wie wir oft bemerkt haben, unsere Achtung vor dem Staat und seinen Gesetzen nicht gehindert; aber es verbietet uns, die wir zu einem aufrechten Volk gehören, über diesen Standpunkt der Legalität hinaus Sympathien zu heucheln, die nach dem Stand der Dinge kein aufrichter Mann von uns verlangen kann.

Wenn Joseph Pilsudski von diesem Standpunkt der deutschen Minderheit in Polen Kenntnis erhält, wird gerade er unsere Haltung verstehen, zu der als kleines Formalbedenken noch der Umstand hinzukommt, daß der Marschall unseres Wissens Lutherisch ist, und daß es in evangelischen Kreisen nicht Sitte ist, den Namenstag zu feiern.

Wir hoffen, daß es dem ersten Marschall Polens, der im Weltkrieg das Heil seines Volkes an der Seite der Deutschen sah, bald gelingen möchte, seiner glänzenden Laufbahn durch die Befriedigung der Minderheiten in Polen eine unvergängliche Krone aufzusetzen. Der Marschall hat die Macht in Händen, und wer die Macht hat, kann vieles wagen. Wenn aber das Wagnis gelingt, wenn wir polnischen Bürger deutschen Stammes in Wahrheit „Gleiche unter Gleichen“ und „Freie unter Freien“ sind, dann werden wir nach dem unbekanntem Geburtstag Joseph Pilsudskis forschen, oder es soll uns auch der St. Josephstag recht sein, um zu seinen Ehren die Farben der polnischen Republik von unseren Häusern herab ins Land grünen zu lassen.

Ein Zwischenfall in der Militärkommission.

Warschau, 14. März. Die Militärkommission des Sejm beschäftigte sich in ihrer Mittwoch-Sitzung mit dem Antrage des Nationalen Klubs auf Änderung des Militärstrafverfahrens. Der Antrag fordert die Streichung der Bestimmung, nach welcher Offiziere nach dem Befinden des Kommandeurs im Untersuchungsgefängnis festgehalten werden dürfen. Der Referent Dr. Dabrowski (Regierungsklub) widersetzte sich dem Antrage mit der Begründung, daß die angefochtene Bestimmung vollkommen den Bestimmungen des Militärstrafverfahrens in Deutschland und Frankreich entspreche; die Beibehaltung dieses Artikels sei auch aus dem Grunde notwendig, da durch diese Bestimmung in vielen Fällen die verdächtige Militärperson sogar in Schutz genommen werden könne.

In der Diskussion berief sich der Abg. Dabrowski (Nationaler Klub) u. a. auf den Präzedenzfall, der sich in der Sache des verstorbenen Generals Rozwadowski ereignet habe. Der General sei auf Grund der Anordnung der eigenen vorgesetzten Behörde verhaftet worden. Der Vorsitzende verlas bei dieser Gelegenheit ein Schreiben des Kriegsministers, in welchem festgestellt wird, daß die Festhaltung des Generals Rozwadowski im Einverständnis und mit Willen des Kriegsgerichts auf Antrag der Prokuratur erfolgte, der im Einverständnis mit dem zuständigen Kommando gestellt worden war. Im Ergebnis kam man dahin überein, sich an die juristische Kommission um Angabe ihrer Meinung zu wenden.

Während der Sitzung kam es wieder zu einem heftigen Konflikt zwischen den Abgeordneten General Roja (Bauer-

partei) und Major Burda (Regierungsklub). Roja warf dem Major vor, daß er sich im Jahre 1918 während der Kämpfe mit den Ukrainern in Przemyśl unter das Bett verkrochen habe. Burda erklärte, dies sei eine Lüge und warf seinerseits dem General vor, daß dieser polnischen Soldaten ins Gesicht geschlagen habe. Der Wortwechsel nahm einen bedenklichen Charakter an; es fielen Worte wie „freie Lüge“, „ich reiße Ihnen die Vorbeeren vom Kopf“ usw. Der Vorsitzende rief schließlich beide zur Ordnung mit dem Bemerkens, daß die Kommission nicht der Platz zur Erledigung von persönlichen Abrechnungen sei. Beiden Offizieren steht nun der Weg zum Ehrens- oder zum Marschallsgericht offen.

Minister Zaleski über Genf.

Warschau, 14. März. Auf der Rückreise aus Genf und Lyon gewährte der polnische Außenminister Zaleski dem Korrespondenten des „Głos Prawdy“ im Eisenbahnwagen eine Unterredung, in welcher der Minister seine Eindrücke schilderte, die er von der gegenwärtigen Session des Völkerbundes mitgenommen habe. Er sagte u. a.:

„Ich muß feststellen, daß ich diesmal aus Genf mit durchaus guten Eindrücken heimkehre. Fragen, die besonders Polen interessieren, wurden in günstigem Sinne erledigt, und die einstimmige Wahl eines Polen in das Finanzkomitee des Völkerbundes kann nicht anders gedeutet werden, denn nur als Ausdruck der Anerkennung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung des Marschalls Pilsudski. Wir können kühn behaupten, daß trotzdem vor nicht ganz drei Jahren, im Augenblick, als der Marschall Pilsudski die Macht übernahm, die polnischen Finanzen unter einem Fragezeichen standen und die Industrie eine große Krise durchmachte, diese zwei Jahre und neun Monate genügt, um nicht allein alle diese Fragen in Ordnung zu bringen, sondern um darüber hinaus die allgemeine Anerkennung dieser Tatsache zu erlangen.“

In Minderheitenfragen

hatte sich der Rat mit zwei Problemen zu beschäftigen. Zunächst handelt es sich um eine Reihe von mehr oder weniger ins Gewicht fallenden Klagen aus Schlesien, von denen die Hälfte diesmal durch die deutsche Minderheit gegen Polen, die zweite durch die polnische Minderheit gegen Deutschland vorgebracht worden waren. Nur zwei von diesen Fragen traten auf den ersten Plan, vor allem die Frage der Schuleinschreibungen. — Und hier hat der Rat in der Praxis dem polnischen (?) Gesichtspunkt Recht gegeben. Die in der Genfer Konvention bestehenden Lücken lassen den Mißbrauch der Freiheit bei der Selbstbestimmung der Nationalität der Kinder durch die Eltern zu. Um diesen Mißbräuchen ein Ziel zu setzen, fordert die polnische Regierung, daß die Eltern persönlich ihre Deklarationen vor besonderen Kommissionen abgeben. Wir sind immer der Ansicht gewesen, daß in der Konvention ein derartiges Verfahren nicht vorgesehen ist, die Konvention sieht aber auch keine andere Art für die Vorbereitung von Mißbräuchen vor. Die vorübergehende Einführung von Prüfungen durch einen neutralen Pädagogen wurde von Deutschland mit der Begründung abgelehnt, daß sie sich nicht auf die Konvention stütze. Auf diese Weise entstand eine Leere, und der Rat hat nun entschieden, daß diese Leere durch ein besonderes deutsch-polnisches Abkommen ausgefüllt werden muß, durch das Mißbräuchen vorgebeugt werden könnte. Bis zum Augenblick des Abschlusses eines solchen Abkommens werden jedoch die Schulkommissionen während der Einschreibungen tätig sein.

Die zweite Frage, die eher künstlich durch die Presse-Agitation (?) in den Vordergrund gerückt wurde, bildete die Verhaftung von Ullis.

Mit Rücksicht darauf, daß sich von Anfang an der Fall Ullis ausschließlich in den Händen der Gerichtsbehörden befindet, war ich von vornherein überzeugt, daß sich auch nicht ein Mitglied des Völkerbundes finden werde, das eine Einmischung in den Gang dieser Sache verantworten könnte. Der Rat hat sich denn auch darauf beschränkt, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß diese Sache normal durch die polnischen Gerichtsbehörden durchgeführt werden wird. In der kurzen Erklärung, die ich abgab, gab ich die Versicherung ab, daß in dieser als auch in allen anderen Sachen die polnischen Gerichte den Beweis ihrer Unparteilichkeit und Unabhängigkeit liefern werden.

Die in dem durch Herrn Stresemann unterstützten Antrage des Herrn Dandurand berührte Frage des Verhältnisses des Völkerbundes zum Minderheitenproblem überhaupt bildet die zweite Gruppe der Fragen, von der ich vorher sprach. In dieser Frage ist die Rechtslage der Staaten, die Minderheitenverträge abgeschlossen haben, fest, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß man ihnen nicht neue Verpflichtungen entgegen ihrem Willen aufbürden darf. Dies bedeutet jedoch nicht, daß diese Frage definitiv erledigt ist. Das durch den Rat ernannte Komitee wird vor allem die Aufgabe haben zu prüfen, ob man im Rahmen der bestehenden Verpflichtungen nicht irgend welche Erleichterungen im Verfahren wird einführen können. Es ist schwer, schon jetzt zu sagen, zu welchen Schritten der Berichterstatter des Rats, sowie die beiden ihm beigegebenen Kollegen kommen werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß nach gründlicher Prüfung der Frage der Rat zu der Überzeugung kommen muß, daß das gegenwärtige Verfahren vollkommen befriedigend ist, und daß im Rahmen der verpflichtenden Verträge die Einführung irgend welcher bedeutender Änderungen in diesen Verträgen unmöglich wäre. Ich bin daher überzeugt, daß wir mit Ruhe die Arbeiten des Komitees abwarten können; die Wahl seiner Mitglieder, sowie deren große Erfahrung in rechtlich-politischen Fragen werden die Gewähr dafür bieten, daß ihre Beratungen sich auf einer Linie bewegen werden, auf der es keine Überraschungen gibt.“

Behrreiche Erinnerung.

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“:

Die Kräfte, die unter der Führung des polnischen Außenministers Zaleski alle Anstrengungen machen, eine Verbesserung der Prozedur bei der Ausübung der dem Völkerbund für den Schutz der Minderheiten obliegenden Garantie zu verhindern, operieren mit einer aus doktrinärem Betrachtung sich ergebenden Diskrepanz zwischen dem materiellen internationalen Minderheitenschutz, mit dem eine neue Gestaltung des internationalen Rechts sich anbahnt, und dem in mancher Beziehung überholten bisherigen Völkerrecht mit seinem individualrechtlichen Charakter. Sie möchten auf diese Weise auch das Recht der Minderheiten, sich für die Einhaltung der ihnen gegenüber bestehenden Verpflichtungen zu rühnen, dem Grad nach abtufen. So, wenn Briand vor einer Aufreizung der politischen Leidenschaften gegen den Staat warnen zu müssen glaubte und in demselben Sinne meinte, der Völkerbund dürfe aus den Minoritäten keinen „Mod der Unzufriedenen“ werden lassen; und noch mehr, wenn Herr Zaleski sich vor einigen Monaten gegenüber Pressevertretern und dem Völkerbund bitter über den Deutschen Völkerbund in Polnisch-Schlesien beklagte, weil dieser durch seine unaufhörlichen Beschwerden den Frieden störe. Allein der Begriff der staatlichen Souveränität ist, wie das auch der deutsche Außenminister in Genf dargelegt hat, tatsächlich nicht abjektiv, und es kommt eben darauf an, zwischen der Souveränität und dem Recht der Minderheiten, für die Erfüllung des ihnen vertraglich zugesagten sich einzusetzen, eine möglichst klar erkennbare Grenze zu ziehen. Und da bietet die folgende Bestimmung, auf die wir hiermit ausdrücklich hinweisen möchten, einen sehr wertvollen Anhalt:

Die beiden vertragschließenden Parteien erkennen an, daß die Minderheiten eine lokale Haltung gegenüber dem Staat zu beobachten haben, in dessen Gebiet sie niedergelassen sind. Die Verteidigung der Minderheitenrechte wird nicht als ein Akt der Untreue (déloyauté) gegen den Staat angesehen werden.

Dies bestimmt der 2. Absatz des Artikels 12 eines Vertrages, den Polen und die Tschechoslowakei am 28. April 1925 in Warschau geschlossen haben.

Czechowicz unter Anklage.

Warschau, 15. März. Die Budgetkommission des Sejm befaßte sich am gestrigen Donnerstag weiter mit dem Antrag der Linken, den Finanzminister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen. Der Referent Abg. Lieberman verlas ein Schreiben des Ministers Czechowicz, in dem dieser erklärt, daß er seinen Brief vom 16. November 1928 an den Ministerpräsidenten Bartel nicht vorlegen könne, da er außer der Mitteilung, wie er (Czechowicz) sich zur Frage der Legalisierung der Nachtragskredite stelle, auch private Dinge enthalte. Herr Czechowicz erklärte, daß er ohne Ermächtigung des Ministerpräsidenten dieses Schreiben nicht vorlegen könne, und bittet, diesen Umstand zu berücksichtigen. Der Referent beantragt, dem auch bei den ferneren Verhandlungen stattzugeben. Der Antrag wurde widerspruchlos angenommen. Darauf verlas der Referent ein Schreiben des Ministerpräsidenten Bartel, das durch Vermittlung des Sejmarschalls an die Kommission gerichtet war. In diesem Schreiben teilt Herr Bartel folgenden Beschluß des Ministerrats vom 13. März mit:

Die Regierung hält ihren Standpunkt aufrecht, den sie mehrfach in der Budgetkommission bzw. in den Plenarsitzungen des Sejm zum Ausdruck gebracht hat, den Nachtragsetat für das Jahr 1927/28 zugleich mit den Rechnungsabschlüssen für denselben Zeitraum vorzulegen. Das Verlangen, Abschriften der besonderen Beschlüsse des Ministerrats vorzulegen, wäre gleichbedeutend mit der Vorlegung des Gesetzes über die Nachtragskredite, aber nicht im Sejm, sondern in der Sejmkommission. Aus diesen Gründen ist der Ministerrat der Ansicht, daß das Verlangen der Budgetkommission abgelehnt werden müsse. Mit Rücksicht darauf, daß nach den Informationen der Obersten Kontrollkommission der Rechnungsabschlüsse für 1927/28 in einigen Wochen geprüft sein werden, wird die Regierung diese Abschlüsse gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf über die Nachtragskredite dem Sejm in der nächsten Session vorlegen. In derselben Session wird die Regierung auch einen Gesetzentwurf über die Nachtragskredite für das Jahr 1928/29 vorlegen. Falls die Angelegenheit des früheren Finanzministers Czechowicz inzwischen dem Staatsgerichtshof überwiesen werden sollte, wird die Regierung jederzeit dieser Institution alle von ihr verlangten Materialien und Dokumente vorlegen. (—) Bartel.

Der Referent beantragt, die Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die Vorlegung der Budgetübersichtungen nicht zur Kenntnis zu nehmen, denn die Kommission sei nicht ermächtigt, politische Erklärungen der Regierung entgegenzunehmen, da sie nur eine Untersuchungskommission sei für bestimmte Zwecke. Der Referent fügt hinzu, die Kommission hätte sich auch nicht an den Ministerrat wegen Abschriften der Beschlüsse gewandt, sondern an den Ministerpräsidenten, der sie von Amts wegen aufbewahrt. Es gebe auch kein Gesetz, das dem Ministerrat das Recht gebe, dem Ministerpräsidenten zu verbieten, Abschriften der Beschlüsse des Ministerrats einer Kommission zugänglich zu machen, die auf Grund des Gesetzes zur Einforderung dieser Dokumente berechtigt ist. Der Antrag des Referenten, die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntnis zu nehmen, wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen. Darauf erklärte der Vorsitzende Bartel, daß er die

Der Litwinow-Pakt im Sejm.

Warschau, 14. März. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sejm-Sitzung stand u. a. der Gesekentwurf über die Ratifizierung des Moskauer Protokolls. Der Referent Abg. Gralikski betonte, daß die Sowjet-Union kein Mitglied des Völkerbundes sei, und daß daher das Moskauer Protokoll eine besonders große Bedeutung für die Erhaltung des Friedens in Osteuropa habe. Nach einem kurzen Rückblick auf die Verhandlungen, die der Unterzeichnung des Paktes vorangingen, wies der Redner darauf hin, daß der Pakt auch für Rumänien eine große Bedeutung durch die Änderung in dem Vorwort zum Moskauer Protokoll habe, wonach festgestellt wird, daß auch zwischen der Sowjetunion und Rumänien Frieden herrsche. Das Moskauer Protokoll habe zwar nur eine vorübergehende Bedeutung, die mit dem Augenblick gegenstandslos werde, da der Kellogg-Pakt selbst ins Leben tritt. Trotzdem wird es nach Ansicht des Referenten stets ein Ausbruch friedlicher Tendenzen der Vertragspartner sein.

In der Diskussion ergriff als erster der Abg. Czapiński (PPS) das Wort, der die Unterzeichnung des Protokolls als einen gewissen Schritt vorwärts zur Regelung der friedlichen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjet-Union begrüßte. Das Protokoll habe eine um so größere Bedeutung als die bolschewistische Propaganda in der Welt die Überzeugung festhalten wolle, als ob Polen unter dem Diktat einiger Westmächte sich für einen Angriff auf Sowjetrußland vorbereite. Die polnische Politik gegenüber Rußland sei eine Friedenspolitik. Der Einwand der Vertreter der nationalen Minderheiten (nur der Ukrainer und Weißrussen. Die Red.) daß dieser Pakt mit der Sowjet-Union eine neue Teilung der Ukraine oder Weißrußlands bedeute, könne nicht anerkannt werden, da man für das Friedenswerk alles Mögliche tun müsse, und es auch keine so schöne Ideologie für die man einen Krieg vom Zaune brechen dürfe. Daher sei die Partei des Redners auf dem Boden der territorialen Autonomie. Zum Schluß betont der Redner, daß die Unterschrift Rußlands und die Initiative der Sowjet-Union nicht in dem vollen Umfange vertrauenswürdig seien, wie man sich dies in Polen gewünscht hätte. Denn man dürfe nicht vergessen, daß der letzte Kongreß des Komintern ein Programm für die Kommunisten aufgestellt habe, das sich voll und ganz auf die Kriegsidee stütze.

Abg. Wajnszyc (Ukrainischer Klub) erklärte, daß sich die ukrainische Unabhängigkeitspartei der Ratifizierung des Litwinow-Paktes nicht anschließen werde, da der Pakt auf dem Boden des heutigen Status quo entstanden sei, der die Parteien durchaus nicht binde. Hier unterbricht der Marschall den Redner mit dem Bemerkung, er könne nicht gestatten, daß von der Tribüne herab eine Erklärung abgegeben wird, daß Abkommen für die Parteien nicht bindend seien. Der Marschall drohte an, daß er dem Redner das Wort entziehen werde, sollte er in demselben Geiste weiter sprechen, und fügte hinzu, daß die Gesetze alle verpflichten und die Redner ebenfalls. Da der Abgeordnete Wajnszyc die Androhung unbeachtet ließ, wurde er zur Ordnung gerufen.

Abg. Stroński (Nationaler Klub) legte Nachdruck auf die Feststellung, daß die dritte Internationale den Krieg als eine Notwendigkeit ansehe, daß aber andererseits in Rußland auch andere Strömungen und zwar Selbsterhaltungskämpfungen beständen. Nach Ansicht des Redners kann man das Abkommen als den letzten Schritt der einseitigen Verhandlungen um den eigentlichen Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland ansehen. Stroński polemisierte sodann mit den Ausführungen des ukrainischen Abg. Wajnszyc und schloß mit der Forderung, daß die Gesetze und die Staatsgrenzen respektiert werden müßten.

Nachdem sich im Namen des Regierungsklubs der Abg. Lomowicz für und der Abg. Gowryluk von der Weißrussischen Arbeiter- und Bauernpartei gegen die Ratifizierung ausgesprochen hatte, wurde der Gesekentwurf in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der weißrussische Klub enthielt sich der Abstimmung.

In der Erledigung der weiteren Tagesordnung ergriff der Abg. Zabajewicz (Ukrainischer Klub) einen Bericht über die Auslieferung der Abgeordneten Warski und Wittner (Kommunistische Fraktion) sowie Waluycki (Sowjet-Linke) an die Gerichte. Diese Abgeordneten hatten während der Gerichtsverhandlung gegen die ehemaligen Abgeordneten der weißrussischen „Promada“ in Wilna im Namen ihrer Wähler ein Hoch auf die „Promada“ ausgebracht. Die Kommission hatte sich gegen die Auslieferung ausgesprochen; doch bei der Abstimmung im Plenum wurde der Kommissionsantrag mit 185 gegen 121 Stimmen abgelehnt. Die drei Abgeordneten werden somit an die Gerichte ausgeliefert werden.

Im Namen der juristischen Kommission brachte der Abg. Lieberman (PPS) den Antrag des Ukrainischen Klubs vor, in dem die Novellierung des Art. 82 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung dahingehend gefordert wird, daß in Gebieten, in denen heute das Sprachengesetz verpflichtet, zu Richtern und Procuratoren nur Kandidaten ernannt werden, die die Sprache der diese Gebiete bewohnenden Minderheit in Wort und Schrift beherrschen. Die Kommission hatte diesen Grundsat als richtig anerkannt, jedoch mit Rücksicht darauf, daß das Gericht zur Einführung solcher Bestimmungen nicht vorbereitet sei, nur eine Entschlieung an die Adresse der Regierung in Vorschlag gebracht, nach welcher zu Richtern und Procuratoren mögliche Kandidaten ernannt werden, die diese Sprache beherrschen. Die Entschlieung der Kommission wurde zum Beschluß erhoben.

Die nächste Sitzung findet am Freitag nachmittags um 4 Uhr statt.

Der Pfeil wendet sich gegen den Schützen.

Mit welchem Maß ihr messt, soll auch euch gemessen werden!

Berlin, 15. März. (P.M.) Der „Volkswille“, das Organ der Trozkisten, veröffentlicht in seiner gestrigen Ausgabe einen aus Moskau unter dem 15. Februar datierten Aufruf der russischen Trozkisten, in dem es heißt, daß vor kurzem 63 Mitglieder der Opposition verhaftet und zur Strafhaft nach Tobolsk verschickt worden sind. Den Gefangenen verweigerte man warme Kleidung, so daß einem bekannten bolschewistischen Agitator beide Füße abgefroren sind. Die Behandlung der Gefangenen ist ungeheuer streng. Als Protest gegen diese Behandlung haben 12 Gefangene am 4. Februar einen Hungerstreik begonnen, an dem sich auch ein Bolschewist beteiligte, der zweifach mit dem Orden der roten Fahne ausgezeichnet worden war. Der Artikel schließt mit einem Aufruf zur Einleitung einer Protestaktion gegen den Sowjetterror, der gegenüber verdienten revolutionären Agitatoren angewendet wird.

Wodurch haben sich diese „revolutionären Agitatoren“ denn „verdient“ gemacht? Auch nur durch Terror, der so schredenerregend und bestialisches, daß er auf Erden nicht mehr geschildert werden kann. Die Klagen der Trozki-Anhänger über den „Sowjetterror“ sind für wahr eine Heuchelei ersten Ranges!

London, 14. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat Trozki in einem Interview erklärt, daß er, obwohl er im Augenblick noch keine Antwort auf seinen Antrag erhalten habe, doch hoffe, eine Ermächtigung für seine Übersiedlung nach Deutschland zu bekommen. Anträge für die Einreise nach der Tschechoslowakei oder nach Frankreich habe er nicht gestellt.

Die Polen in der Tschechoslowakei.

„Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu!“

Prag, 14. März. Vor einigen Tagen beschäftigte sich der tschechoslowakische Sejm in Prag mit der Frage der Revision des polnisch-tschechischen Handelsabkommens und besonders mit der Frage der Einfuhr polnischer Kohle nach der Tschechoslowakei. Bei dieser Gelegenheit ergriff u. a. auch der polnische Abgeordnete aus dem Tschecher-Schlesien, Dr. Leon Wolf, das Wort, der seinen tschechischen Kollegen Vorhaltungen wegen der schlechten Behandlung der polnischen Minderheit in Tschecher-Schlesien machte.

Dr. Wolf suchte, dem „Litwinow-Pakt Kurjer Godzienny“ zufolge, auf Grund von Tatsachen den Nachweis zu führen, daß die tschechischen Grubenbeamten auf die politischen Arbeiter einen Druck ausübten, daß sie ihre Kinder in tschechische Schulen schickten. Dasselbe Verfahren wende man auch bei landwirtschaftlichen und Forstarbeitern an, die in Staatsforsten beschäftigt wären. Unrecht geschehe ferner den Arbeitern, wenn es sich um die Erlangung der tschechischen Staatsbürgerschaft handelte.

„Die Polen im Tschecher-Schlesien“ — sagte der Abg. Dr. Wolf — „stellen ein lokales Element dar, erfüllen ihre Pflichten gegenüber dem Staat, fordern aber auch dafür ihre Rechte. Wir wünschen die Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volke und die gegenseitige Eintracht, aber nicht auf unsere Kosten. Man hat uns bei der Ernennung von Mitgliedern in die Kreisvertretungen im Tschecher Gebiet und im Freistädter Bezirk geschädigt. Man respektiert weder unsere Rechte noch unsere berechtigten Forderungen.“

Auf diese Rede reagierte der tschechische nationaldemokratische Abg. Szpaczek, der die Vorwürfe des Abg. Wolf zurückwies. Er meinte, daß die Tschechen im Tschecher Bezirk gerade von den Polen bedrückt würden. Die Tschechen würden auch weiterhin eine Politik der Tschechisierung der Tschecher Bevölkerung betreiben. — Der „Litwinow-Pakt Kurjer Godzienny“ erwähnt noch eine Rede, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurde, und zwar die Rede des polnischen kommunistischen Abgeordneten Sitwa, der sich in Beschimpfungen Polens erging. Seine Ausführungen richteten sich gegen den Marschall Pilsudski, sowie gegen die Abgeordneten Dazynski, Heger und überhaupt gegen die herrschenden Politiker des polnischen Staates. Das Blatt schließt seinen Artikel mit der Feststellung, daß das polnische Volk in der Tschechi ledigst auf seine eigenen Kräfte bauen könne.

Zwischen zwei Mühlensteinen . . .

Die „Kattowitzer Zig.“ weist darauf hin, daß bei der Teilung des Tschecher Landes zwischen Polen und der Tschechoslowakei zwar die Interessen dieser beiden Nationalitäten berücksichtigt worden wären, daß aber keiner sich um das Schicksal der zahlreichen Deutschen gekümmert habe, die dort beiderseits der heutigen Grenze ihre Heimat haben. Daß die beiden beteiligten Staaten mit der Grenzziehung nicht einverstanden sind, ist eine bekannte Tatsache. Die Tschechen wünschen den Polen und die Polen den Tschechen nichts Gutes. Aber darin sind sie sich einig, daß keiner von ihnen die Deutschen behalten möchte.

Sehr treffend schildert ein tschechisches Blatt in Mährisch-Opava, das wegen seiner Unausprechbarkeit hier zitiert werden mag, die Tätigkeit der Polen im Tschecher Gebiet. Es schreibt: „Die Polen bemühen sich, die deutsche Minderheit in ihrem Staat so viel als möglich zu schwächen, und sie gehen gegen sie nicht direkt, sondern auf Umwegen vor. Dieser Weg ist dafür um so sicherer. Ein Dorn im Auge ist ihnen ständig Tschechen, das sie gern ganz polnisch haben möchten. Es leben dort sehr viele Deutsche, welche polnische Staatsbürger sind. Die polnische Bevölkerung von Tschechen macht keine Revolution, aber sie boykottiert einmütig die Deutschen, die hier ein Geschäft oder ein Gewerbe haben, so daß es den Deutschen sehr schlecht geht. Es wird nicht lange dauern, und sie werden wegziehen. Sie verlassen dann die Stadt, und damit sie nicht allzuseit wandern müssen, werden sie über die Brücke ziehen und werden sich bemühen, bei uns einen Erwerb zu finden.“

Das tschechische Blatt ist ferner der Meinung, daß die große Liberalität der Tschechen gegenüber der deutschen Minderheit diese Übersiedlung begünstige. Es illustriert aber diese „Liberalität“ gleich am besten durch die Bemerkung, daß die Tschechi es ebenso machen müßte wie die Polen. „Wir müssen uns gegen den deutschen Zuzug verteidigen, namentlich jetzt, wo die Deutschen in Polen unzufrieden sind und zu uns übersiedeln werden, um sich hier festzusetzen und zu vermehren. Seien wir deshalb auf der Wacht und stärken wir unser Tschecher Land und Tschechisch-Tschechen nur durch tschechische Elemente und lassen wir keine Entfaltung der Germanisation zu.“

Grenzdeutsches Schicksal unserer Zeit! Man will den Deutschen zwischen zwei Mühlensteinen zerreiben. Darin bewährt sich slavische „Solidarität“ und „Toleranz“. Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Republik Polen.

200 000 Blotz für das Nationaldenkmal in Gdingen.

Warschau, 14. März. Die Sammelaktion zum Bau des Denkmals der „Bereinigung der polnischen Gebiete“, das im Meer am Eingang des Gdingener Hafens gebaut werden soll, hat dem „Głos Pramby“ zufolge bereits hervorragende Ergebnisse gezeitigt. Bis jetzt sind etwa 200 000 Blotz gesammelt worden. Das ist aber erst die Hälfte der Gesamtkosten des Denkmalbaues. Den hervorragenden Anteil an diesem Betrage hat die tschechische Wojewodschaft, wo sich die Sammelaktion auf sehr weite Kreise erstreckt hat.

Polnisch-litauischer Gefangenenanstausch.

Warschau, 13. März. Die Delegation des polnischen Roten Kreuzes, die in Kovno über den Austausch von politischen Gefangenen zwischen Polen und Litauen verhandelte, ist soeben nach Warschau zurückgekehrt. Die Verhandlungen hatten einen günstigen Verlauf. Litauen soll an Polen eine gewisse Anzahl von politischen Gefangenen austauschen und Polen eine Anzahl von litauischen Gefangenen freilassen, die wegen antisklavischer Tätigkeiten und zum Teil wegen Spionage Gefangenenstrafen verbüßen.

Ein netter Staatsanwalt.

Posen, 15. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gerichtsbehörden ordnen die Verhaftung des Unterprokurators Dembicki am Bezirksgericht in Posen wegen Unterschlagung von ihm anvertrauten Depositengeldern an. Die Verhaftung ist gestern nachmittags erfolgt.

Pommerellen.

Hoffnung auf einen günstigen Verlauf des Hochwassers.

Die Entwicklung der Wetterlage gibt zu der Hoffnung Anlass, daß das Weichselhochwasser ohne große Schwierigkeiten ablaufen wird.

15. März.

Graudenz (Grudziadz).

Öffentliche Ausschreibung. Der Magistrat (Bauamt) will die Unterhaltung der Pappdächer der städtischen Gebäude auf die Dauer von zwei Jahren in beschränkter Submission vergeben.

Wegen antistaatlicher Agitation wurde vor einigen Tagen ein Kommunist namens Golebiewski festgenommen. G., der schon öfters infolge seiner radikalen Betätigung mit den Behörden in Konflikt gekommen ist, richtete in letzter Zeit sein Augenmerk besonders auf Beschäftigte der BePeGe, die er beim Verlassen der Arbeit um sich sammelte und denen er seine Ideen beizubringen versuchte.

Eine Versammlung der Sektion der Weingroßhändler fand am Dienstag voriger Woche in der Zentrale des Verbandes der pommerellischen kaufmännischen Vereine in Graudenz statt, an der auch Vertreter der Pomorska Zaba Skarbowa teilnahmen.

In Sachen der jüdischen Gemeindevahlen fand Mittwochabend im „Goldenen Löwen“ eine Versammlung statt, in der eine Besprechung der Wahlangelegenheit erfolgte.

Der Wasserstand der Weichsel betrug Donnerstag früh 0,99 Meter über Normal, ist also trotz des anhaltenden Tauwetters wieder um einige Zentimeter zurückgegangen.

Thorn (Toruń).

Der Wasserstand der Weichsel betrug Donnerstag früh 0,99 Meter über Normal, ist also trotz des anhaltenden Tauwetters wieder um einige Zentimeter zurückgegangen.

Eine Autobusverbindung wird von Privatseite zwischen der Stadt und der Jakobsvorstadt eingerichtet. Eine Fahrverbindung hierhin ist schon seit langem gefordert worden, zumal die Jakobsvorstadt als einzige noch keine Straßenbahnlinie besitzt und in absehbarer Zeit wohl auch keine erhalten dürfte.

Blutprobe gestohlen wurden der Vikarfabrik W. Maczkowiak (früher Sultan u. Co.) in der Breitestraße 24. Der Schaden beträgt etwa 30 Zloty.

Polizeilich beschlagnahmt wurde neuerdings wieder ein falsches Zweizlotystück. Dies ist in den letzten Tagen das vierte oder fünfte Stück, so daß man wohl annehmen darf, daß sich eine größere Menge hiervon im Umlauf befinden.

Nach glimpflich abgelaufen ist Mittwoch nachmittag ein Straßenunfall in der Breitestraße. Beim Überschreiten des Fahrdammes an der Ratsapotheke geriet ein Mädchen mit einem kleinen Kinde vor ein herannahendes Lastauto.

Der Polizeibericht vom 14. März meldet die Festnahme von drei Personen wegen Einbruchsdiebstahls und von je einer Person wegen versuchten Diebstahls und wegen Trunkenheit.

Briefen (Wabrzejno), 14. März. Tragischer Tod eines Greises. Am 5. d. M., gegen 10 Uhr morgens, begab sich der 77jährige Andreas Prązjowski aus Klein-Radowitz, welcher seit Weihnachten bei seiner Tochter hier weilte, wieder nach Klein-Radowitz zurück.

h. Gorzno (Gorzno), 13. März. Auf dem gestrigen Wochenmarkt war der Eierpreis infolge der großen Zufuhr um 1,50 gefallen, so daß man die Mandel bereits für 2,50 bekommen konnte.

Pfund. Am nächsten Dienstag, 19. d. M., findet hier ein Krammarkt statt.

ch König (Chojnice), 14. März. Vor Gericht hatten sich wegen Plünderung der „Bajazzo“-Automaten in verschiedenen Restaurationen zu verantworten: Bronislaw Waldoch, Jan Kaldinski, Josef Piekarski, Franz Knoll und Paul Laszkowski.

h. Straszburg (Brodnica), 13. März. Bei einem Bauern in Cieżyno führte die Polizei eine Hausdurchsuchung durch, wobei sie einen Haken und mehrere Hakenfelle vorfand. Der Bauer hatte das Wild mittels Schlingen gefangen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Łódź, 14. März. Bedingungslos für Unsauberkeit. Im November des vergangenen Jahres haben die Verwaltungsbehörden Maßnahmen gegen die antisaniitären Zustände in der Stadt getroffen und sind dabei auf den Schmutz aufmerksam geworden, der auf den 178 Grundstücken der Widzower Baumwollmanufaktur herrscht.

Freie Stadt Danzig. * Danziger Stadttheater. Das kriminalistische Schauspiel des Amerikaners Bayard Veiller „Der Prozeß Mary Dugan“ ist nun auch der Danziger Bühne besichert.

Freie Stadt Danzig.

* Danziger Stadttheater. Das kriminalistische Schauspiel des Amerikaners Bayard Veiller „Der Prozeß Mary Dugan“ ist nun auch der Danziger Bühne besichert.

Hoffenden Frauen und jungen Müttern verhilft das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser zu geregelter Magen- und Darmtätigkeit.

worden. Drei Akte Gerichtsverhandlung! Die Bühne, der Verhandlungsaal, bietet sich dem Publikum ohne Vorhang dar, Reinnachfrauen wälzen ihres Amtes, bis auf ein Zeichen der Richter in scharlachrotem Gewande seinen Estradepplatz einnimmt.

* Der entsetzliche Unfall bei Hohenstein, über den wir bereits berichtet haben, hat nunmehr ein Todesopfer gefordert. Die 40 Jahre alte Ehefrau Johanna des Eisenbahnwärters Paul Tucholska ist im Städtischen Krankenhaus ihren schweren inneren und äußeren Verletzungen erlegen.

Kleine Rundschau.

* Die Wunderspritze. Die Vorlesungen des berühmten Physikers Heinrich Dove an der Berliner Universität waren immer stark besucht. Doch fanden sich auch viele „naßauernde“ Studenten ein, solche, die ihr Kollegegeld nicht entrichteten hatten.

Gedenket der hungernden Vögel!

Thorn.

Da ich meine frühere Tätigkeit als Bauunternehmer wieder aufgenommen habe, empfehle ich mich meiner verehrten Kundschaft zur Ausführung von Neubauten u. Reparaturen jeglicher Art.

Herde in verschiedenen Größen empfehlen 1378F Falarski & Radaike Tel. 561, Toruń Tel. 561. Szeroka 44, Stary Rynek 36.

Kino „PAN“, Mickiewiczza 106, Tel. 596 Bis Montag einschl.: Der mit Spannung erwartete großartige Zirkusfilm in 12 Akten: MANEGE Masken-Abenteuer! und Artisten

Graudenz.

Schönheit u. Jugend erhalten Sie durch: elektr. Gesichtsmassage, elektrische Gesichtsdampfbäder, „Zigaro“ Grudziadz, Szewska 14

Gold- u. Silbermünzen auch Benzinien kauft 15770 Paul Wodzial, Uhrmacher, Toruńska 5.

Schwek. E. Caspari Schreibwarenhaus, Różana 1, 3450, Telef. 70, Swiecie n. W. Gegr. 1886.

Am Sonntag, dem 17. März 1929, nachm. 4 Uhr, veranstalten wir im II. u. III. Stock unseres Magazins eine

Modenschau

inländischer und ausländischer Modelle in Frühjahrs-, Sommer-Mänteln und -Kleidern.

Sirelchkonzerf.

Eingang ul. Dworcowa.

Café geöffnet.

3624

Bydgoski Dom Towarowy

Tel. 354.

Gdańska, Ecke Dworcowa.

Tel. der Konditorei 17.

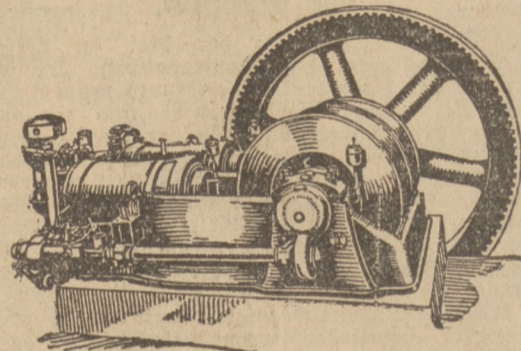
Haushaltungskurse
Sanowik (Sanowiec) Kreis Znin.
 Unter Leitung geprüfter Fachlehrerin.
 Gründliche praktische Ausbildung im Kochen, in Kuchen- und Tortenbäckerei, Einmachen, Schneidern, Schnittzeichnen, Lehre, Weiknähen, Handarbeit, Wäschebehandlung, Glanzplätten, Hausarbeit, Molkereibetrieb.
 Praktischer und theoretischer Unterricht von staatlich geprüften Fachlehrerinnen. Außerdem polnischer Sprachunterricht. Abschlußzeugnis wird erteilt.
 Schön gelegenes Haus mit großem Garten Beginn des Halbjahreskursums: Donnerstag, den 4. April 1929.
 Benjionspreis einschließlich Schulgeld 110.- zł monatlich.
 Auskunft und Prospekte gegen Beifügung von Rückporto. Anmeldungen nimmt entgegen
 Die Leiterin.



LIQUEURS
COGNAC

NALEWKA
DESTILLATE

Danziger Werft.



Dieselmotoren liegender und stehender Bauart (kompressorlos)
 Nordmesse Wilno: Große Goldene Medaille
 in gleicher bewährter Güte Gasmotoren - Sauggasanlagen - Motoren für Wechselbetrieb mit Rohöl-, Saug-, Leucht- oder Erdgas.
 Verlangen Sie kostenlose Ausarbeitung von Projekten durch die
Danziger Werft - Danzig
 oder deren Zweigbüro: Poznań, Stowackiego 18, Tel. 77-85.

Original-Ersatzteile



„von der Kühlerschraube bis zum Auspufftopf“
 alles sofort ab Lager.
 Auswärtige Bestellungen werden binnen 8 Stunden ausgeführt.
E. Stadie - Automobile
 Gdańska 160 Bydgoszcz, Telef. 1602

Hiermit erlaube ich mir dem hochgeehrten Publikum von Koronowo und Umgegend ergebenst mitzuteilen, daß ich am 16. März 1929 in
Koronowo, ul. Kościuszki Nr. 6

Spezialgeschäft für Kaffee, Tee, Kakao Schokolade, Bonbons und Konfituren

eröffne.
 Es wird stets mein Bestreben sein, die w. Kundschaft mit erstklassigen frischen Waren zu soliden Preisen zu bedienen und bitte höflichst um gefl. Unterstützung meines Unternehmens.
 Mit Hochachtung
 Telefon 6. **Jan Urbanowski.**

Schindeldächer!

Neudeckung sowie Reparaturen werden sachgemäß unter Garantie und günstigen Zahlungsbedingungen ausgeführt. Besichtigung und Kostenanschläge kostenlos.
N. Klugmann, Danzig, Neue Mottlau 6
Schindelwerke.

An- u. Abfuhr

Gütern aller Art erledigt prompt
G. Schroeder Nachf. O. Gloekel
 Tel. 1775 Pomorska 16



Zu günstigen Bedingungen zu beziehen durch Maschinenhandlungen, oder, wo nicht erhältlich, vom Werkvertreter und Lagerhalter in Polen:
Inz. H. Jan Markowski
 Poznań 420, Tel. 52-43.

Dillgurten und Sauerkohl

gute Ware hat abzugeben
W. Kräfte, Chelmno.

Prima Därme

Lyck, Jagiellońska 31.

Ga. 3000 m³ tief. Nubholz I.-IV. Kl. sowie 1000 Nm. tief. Kloben I. Kl. gibt ab

Zarząd Dóbr Ordynacji Ostromecko
 pow. Chelmno.

Holzverkauf

von Brenn- und Nutzholz aus dem Kirchenwalde Byszewa findet statt am Mittwoch, dem 20. März, 1 Uhr nachm. im Gasthause zu Salno und zwar gegen Bezahlung innerhalb 10 Tagen an Bank Ludowy in Koronowo.
 Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes.

Langholz-Berkauf.

1025 fm Kiefern-Langholz II. u. III. Kl. 14 cm Kopf, ohne Borke gemessen, aus dem Revier Jaidrowo, 6-7 Kilom. bis zur Station Sypniewo, sollen freihändig verkauft werden. Beschäftigung jeder Zeit nach Anmeldung.
 Forstverwaltung der Herrschaft Sypniewo (Pomorze).

Holzverkauf.

Am Sonnabend, dem 23. März, von 1/2 10 Uhr vormittags ab findet im Gafhof Bierucki in Sypniewo eine Holzversteigerung statt.
 Zum Ausgebot kommen:
 ca. 150 fm. Kiefern-Bauholz, Eichen- Zapfenhölzer, Stangen und Brennholz nach Borrart und Begehr.
 Die Forstverwaltung Sypniewo.

Verlangen Sie Offerte von der größten
Pianofabrik in Polen
B. Sommerfeld
 Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 56.



Jahresproduktion 1500 Instrumente.
 Nur allererste Referenzen.
 Günstigste Zahlungsweise. — Langjährige Garantie.
 Reelle, fachmännische Bedienung.

Nub- u. Brennholz-Berkauf

in der Gräfl. v. Alvensleben'schen Revierförsterei Bronie pow. Wąbrzeźno
 am Donnerstag, d. 21. März vormittags 10 Uhr im Gafhaus Murawski in Stanisławki.
 Zum Verkauf kommen
 Nub- u. Brennholz aller Sortimente.
 Der Revierförster.

Reparaturen an Wasserleitungen Patentschlossern, Jalousien u. and. Sachf. führt aus.
Sienkiewicza 8, 2 Tr. r.

3000 Zentner Roggenpreßstroh

hat abgegeben
Schaldach, Worgi bei Rowe.
 Tel. Rowe 69.

Notenetageren

empfiehlt in großer Auswahl sehr billig
B. Sommerfeld, Pianofabrik
 Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 56.

Prima Oberschles. Steinkohlen Briketts

sowie Kiefern-, Birken-, Erlenkloben u. Buchenholzkohlen
 liefert ab Lager, frei Haus und waggonweise

Gustav Schlaak
 ul. Marcinkowskiego 8a (Fischerstraße)
 nicht identisch mit Fa. Schlaak & Dąbrowski
Tel. 1923

Konzert

Des Schülerchors des Deutschen Privatgymnasiums zu Bydgoszcz zum Besten der Errichtung eines Sportplatzes
 am Sonnabend, dem 16. März 1929, abends 7 Uhr, im Zivillafino, Lieder für gemischten Chor.
 „Columbus“, Oratorium für Soli und gem. Chor mit Orchesterbegleitung von Böndie.
 Mitwirkende: Die Herren Bentz u. Bark sowie das Konservatorium-Orchester des Herrn v. Winterfeld.
 Am Klavier: Fr. Richter.
 Karten zu 4.-, 3.- und 2.- zł in Johne's Buchhandlung und an der Abendkasse.



Deutsche Bühne
 Bydgoszcz, Z. 3.
 Sonntag, den 17. März, nachm. 3 Uhr
 Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen:
Das Dreimäderlhaus
 Operette in 3 Akten von Schubert u. Berle.
 Abends 8 Uhr:
 zu ermäßigten Preisen:
Das Spiel mit dem Feuer
 Lustspiel in 3 Akten von Hans Surtm.
 Eintrittskarten in Johne's Buchhandlg. Sonntag von 11-1 Uhr u. 1 Stunde vor Beginn der Aufführung an der Theaterkasse.
 Die Zeitung.